

Medienmitteilung

13. November 2008

Herbst-Plenarversammlung in Anwesenheit von Frau Bundesrätin Doris Leuthard

Bauhandwerkerpfandrecht und Beschaffungswesen im Fokus

Das bewährte Bauhandwerkerpfandrecht ist zu erhalten und im revidierten Beschaffungsrecht soll eine Harmonie zwischen Bund und Kantonen zum Ausdruck kommen. Diese Anliegen bildeten zusammen mit Gedanken zur anstehenden Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) und zum Raumplanungskonzept Schweiz sowie einem Ausblick zur aktuellen Lage der Bauwirtschaft die Hauptthemen der Herbst-Plenarversammlung von **bauenschweiz**, der Dachorganisation der Schweizer Baubranche.

Im Mittelpunkt des Anlasses unter Leitung von **bauenschweiz**-Präsident alt-Nationalrat Robert Keller stand die Verabschiedung einer Resolution zu dem in der Beratung der eidgenössischen Räte stehenden Bauhandwerkerpfandrecht. Nachdem das Geschäft im Ständerat grundsätzlich auf Kurs ist, fordert **bauenschweiz** den Nationalrat auf, das bewährte Regelwerk ungeschmälert zu erhalten und die bestehenden kleineren Gesetzeslücken im Sinne einer Stärkung dieses präventiven Sicherungsmittels zu schliessen. **bauenschweiz** erwartet daher, dass sich der Nationalrat dem Beschluss des Ständerats anschliesst. Weiter wird eine Verlängerung der Eintragsfrist für das Bauhandwerkerpfandrecht auf fünf Monate verlangt und zusätzlich gefordert, dass bei nicht pfändbaren Grundstücken des Verwaltungsvermögens neu Sicherungsmittel zugunsten der Handwerker und Unternehmer, insbesondere Subunternehmer, statuiert werden.

An der Plenarversammlung von **bauenschweiz** vermittelte Frau Bundesrätin Doris Leuthard in ihrem Gastreferat einen aktuellen wirtschaftspolitischen Überblick und ging dabei den möglichen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise auf die Schweiz nach. Zwar befindet sich die Schweiz gegenwärtig noch in einer vergleichsweise guten Wirtschafts- und Beschäftigungslage. Wegen der Entwicklung der Weltwirtschaft haben sich seit September die Aussichten aber spürbar verdüstert. Der Bundesrat hat deshalb am Mittwoch beschlossen, in drei Bereichen aktiv zu werden: Finanzpolitik, Freigabe der Arbeitsbeschaffungsreserven und Ausenwirtschaftspolitik; zudem möchte er zur Stärkung der Binnenwirtschaft wichtige Vorlagen beschleunigt behandeln. Einerseits schlägt er dem Parlament vor, für 2009 Ausgaben in der Höhe von 341 Millionen CHF vorzuziehen. Damit werde ein Teil des bestehenden finanzpolitischen Handlungsspielraums innerhalb der Schuldenbremse genutzt. Andererseits leitet das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) die Freigabe der steuerbegünstigten Arbeitsbeschaffungsreserven in der Höhe von 550 Millionen CHF ein. Die Wirtschaftsministerin betonte weiter die gemeinsamen Interessen von Bund und Kantonen für Massnahmen im Energiebereich an. Mit den vom Bundesrat im Februar beschlossenen Energiepolitik sollen der Einsatz erneuerbarer Energien und Energieeffizienz bei Neubau und Sanierung gefördert werden.

Ein weiteres wichtiges Dossier in der Agenda von **bauenschweiz** ist das in Revision befindliche Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB). Dr. Gustave E. Marchand, Direktor des Bundesamts für Bauten und Logistik, ging in seinem Referat auf die Anliegen der Bauwirtschaft und deren Umsetzung ein. **bauenschweiz** spricht sich für eine Harmonisierung des Beschaffungsrechts auch zwischen Bund und Kantonen aus. Auch die Kantone befürworten eine gesamtschweizerische Harmonisierung, sind aber der Ansicht, der vorgelegte Entwurf für ein neues BöB könne dies nicht bewirken. Demgegenüber wird von **bauenschweiz** die vorgeschlagene Teilvereinheitlichung als zweckmässiger Weg favorisiert.

Als weiteres Sachgeschäft standen die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) und Gedanken zum Raumkonzept auf dem Programm der Plenarversammlung. Für Regierungsrat Walter Straumann, Vorsteher des Bau- und Justizdepartements des Kantons Solothurn, ist der Revisionsbedarf zwar gegeben, doch darf dabei „das Fuder nicht überladen“ werden. Als Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung begrüsst er die vom Bundesamt für Raumentwicklung eingeleitete Agglomerationspolitik mit der Schaffung von Agglomerationsprogrammen und der Förderung von Modellvorhaben. Straumann fordert für die Agglomerationsprogramme klare Rechtsgrundlagen. Das Raumkonzept Schweiz wird von Straumann grundsätzlich begrüsst, ist aber intensiv zu diskutieren.

12.11.08 CM